

SID , Bonn, 5.4.2016

## **„Zivile Ordnungsliebe in Zeiten chaotischer Staatlichkeit“**

### **Praxiserfahrung an privaten Hochschulen im krisengeschüttelten Ost-Kongo**

Rudolf Heinrichs-Drinhaus, Leiter des International Office der Université Evangélique en Afrique (UEA) in Bukavu, Demokratische Republik Kongo und bis 2012 Referent im EED / Bonn

VORLESE

Vorbemerkung

„Was treibt Sie denn als Pensionär in den Kongo?“ fragte Herr Dr. Oldenbruch vor einigen Monaten. Auf die Antwort: „Der Aufbau eines akademischen Auslandsamtes in Bukavu“ hakte er gleich nach: „Hochschulkooperation in einem failing state, wie kann das denn klappen - etwa nur mit der Zivilgesellschaft oder auch mit staatlichen Strukturen? Erzählen Sie mehr ...“

Diese Frage hat mich zum Hinterfragen meiner ehrenamtlichen Tätigkeit gebracht. Nach der einführenden Darstellung der Lage und meiner Praxis im Herzen Afrikas möchte ich Sie gern einladen, Ihre Sichtweisen und Erfahrungen zu der entwicklungspolitischen Fragestellung einzubringen: Ob, wann und wie Hochschulen auf die Neugestaltung zerfallener staatlicher Strukturen Einfluss nehmen können.

Teil I

Nachdem ich 32 Jahre lang als Referent im Evangelischen Entwicklungsdienst EED in Bonn für die Projektförderung, insbesondere die Bildungsförderung in verschiedenen Regionen Afrikas zuständig war, erhielt ich als Rentner 2013 die Einladung einer afrikanischen Hochschule, das Bildungsangebot im krisen- und kriegsgeschüttelten Ostkongo selber mitzugestalten.

Konkret geht es um den Versuch, internationale Wissenschaftskooperationen zwischen jungen afrikanischen Privatuniversitäten und i.d.R. alteingesessenen staatlichen Hochschulen in Südafrika, Europa, Amerika oder Asien zu vermitteln.

Zur allgemeinen Lage:

Der Kongo steht in den Medien üblicherweise synonym für Horror und Katastrophen in ähnlicher Weise wie in früheren Jahren die Nachbarländer Ruanda und Uganda. Die meisten Berichte über Krieg und Bürgerkrieg, Gewalttaten, Vergewaltigungen, Unterdrückung und Ausbeutung entsprechen der Wirklichkeit. Sie geben jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit wieder. Als Bewohner erlebt man auch die anderen Charakteristika der Kivuprovinzen im Ost-Kongo:

- *Die traumhaft schöne Landschaft am Tanganyika- und am Kivusee sowie in den Naturparks*
- *Die paradiesische Natur mit mildem Klima auf 1.000 bis 2.500 Höhenmetern,*
- *Die fruchtbaren Böden, die natürlichen Ressourcen und Bodenschätze, den Wasserreichtum,*
- *Die superjunge, zumeist freudige Bevölkerung, die sich trotz aller Krisen innerhalb der letzten 20 Jahre verdoppelt hat.*

## Teil II

### Zur Staatlichkeit

In den Ländern der „Großen Seen Afrikas“ zerbrachen zwischen 1980 und 1996 die postkolonialen Regime in blutigen Kämpfen und mit riesigen Flüchtlingswellen. In Uganda und Ruanda haben sich relativ stabile Machtstrukturen etabliert. In der DR Kongo (und in Burundi) hält das staatliche Chaos an und lähmt die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Fortschritt:

- A) Die nationale Währung (früher Zaire, jetzt kongolesische Franken) wird faktisch durch die Schattenwährung Dollar ersetzt.
- B) Die staatlichen Monopolbetriebe für Wasser und elektrischen Strom zeigen die meiste Zeit auf „außer Betrieb“, treiben jedoch die Gebühren weiter ein.
- C) Das Post- und Telekommunikationswesen ist weitgehend privatisiert und floriert. Jedoch verhindert die Zentralregierung den Zugang zu Breitbandglasfaserkabeln in den meisten Landesteilen.
- D) Die Verkehrsinfrastruktur zerfiel über 40 Jahre lang und wird nur an wenigen Stellen mit chinesischem Beistand wieder hergestellt („Straßen für Rohstoffe“). Im Ost-Kongo nutzen viele Menschen die Straßen der Nachbarländer Ruanda und Uganda.
- E) Seit 2006 besteht eine Verfassung, die auf Gewaltenteilung und Dezentralisierung mit einer starken Präsidialmacht setzt. Neben der nationalen Regierung aus Ministerpräsident und Ministerien bestimmen jedoch mehrere „Schatteneinrichtungen“ die Exekutive: a) Das Schattenkabinett der Präsidialberater, b) das „Schattenbudget“, c) die internationale „Geberkoordination“ bis 2006 als CIAT (Comité International d’Accompagnement de la Transition) institutionalisiert, heute ein Abstimmungsverfahren zwischen den wichtigsten Botschaften. In den früher 11, jetzt 26 Provinzen wird laut Verfassung das Provinzparlament gewählt und von ihm ein Gouverneur gewählt, der eine Provinzregierung benennt. Trotz der nominellen Zuständigkeit für Primar- und Sekundarbildung sowie die Gesundheitsversorgung verfügen die Provinzen nur über minimale Budgetmittel. Neben den verfassungsmäßigen Institutionen für Gesetzgebung, Exekutive und Rechtswesen behalten in den meisten Regionen die traditionellen Chefstrukturen hohe gesellschaftliche Bedeutung insbesondere für das Landnutzungsrecht und die Streitschlichtung.
- F) Der staatlich Sicherheitsapparat ist aufgebläht aber weitgehend ineffizient, für die Bevölkerung eher ein Sicherheitsproblem als ein Sicherheitsgarant. Private Sicherheitsfirmen boomen in den Städten, auf dem Land die lokalen „Selbstverteidigungsgruppen“, die rasch zu räuberischen Banden pervertieren können.
- G) Internationale Staatlichkeit tritt vor allem im Ost-Kongo und in der Hauptstadt Kinshasa an die Stelle fehlender nationaler Staatlichkeit. Seit 2002 übernehmen die UN-Mission MONUSCO und europäische, amerikanische und chinesische Berater mit mehr als 20.000 militärischen und zivilen Kräften Beobachtungs-, Exekutiv- und Ausbildungsaufgaben vor allem im Sicherheitsbereich und bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau staatlicher Strukturen im Ost-Kongo (STAREC).

### Teil III Die Zivilgesellschaft

A) Als nichtstaatliche, die Gesellschaft gestaltende Organisationen sind an erster Stelle die Kirchen zu nennen. Neben ihrer religiösen und kulturellen Rolle haben sie seit der Kolonialzeit wichtige soziale Selbsthilfefunktionen und Dienstleistungen übernommen. Im Rahmen des nationalen Bildungs- und Gesundheitswesens organisieren die katholischen Diözesen, die protestantischen und freien christlichen Kirchen sowie islamische Gemeinschaften die große Mehrheit der Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Gemäß einer Vereinbarung aus dem Jahr 1976 übernimmt die Regierung die Personal- und andere laufende Kosten. Da der Staat dieser Verpflichtung jedoch seit 25 Jahren nur sehr eingeschränkt nachkommt, tragen die Eltern und die Kranken die Kosten weitgehend aus eigenen Mitteln.

B) Mit dem langsamen Zerfall des allgegenwärtigen Staates unter dem Präsidenten Mobutu wuchsen seit 1986 nichtstaatliche Organisationen (NRO) heran, zumeist als lokale Selbsthilfe- und Entwicklungsförderungsorganisationen. Ab 1990 folgten Menschenrechtsorganisationen und Frauenorganisationen. Diese heute auch als CSO benannten Organisationen gingen in ihrer Mehrheit aus kirchlichen Initiativen hervor und wurden von jungen Ingenieuren, Anwälten und Intellektuellen geleitet, die keine Anstellung mehr im öffentlichen Dienst fanden. Die CSO schlossen sich Sektor bezogen auf nationaler und Provinzebene in Verbänden zusammen. Vielen erhielten finanzielle und moralische Unterstützung aus dem europäischen und amerikanischen Ausland.

#### C) Die Intervention der internationalen Zivilgesellschaft

Mit der Ankunft mehrerer Millionen ruandischer und burundischer Flüchtlinge im Ost-Kongo veränderte sich die zivilgesellschaftliche Landschaft ab 1994 nachhaltig. Internationale Katastrophen- und Hilfsorganisationen strömten zu den Lagern der ausländischen Flüchtlinge. Mit den bewaffneten Auseinandersetzungen ab 1996 wuchs die Zahl intern deplatzierte Bevölkerung in Wellen an. Neben den UN-Organisationen wie UNICEF und WFP eröffneten auch international tätige NROs wie „Ärzte ohne Grenzen“, die Deutsche Welthungerhilfe, Malteser oder Johanniter permanente Büros und Operationszentralen. Einige von ihnen kooperierten bewusst mit kongolesischen NROs. Alle stellen in großer Zahl ehemalige MitarbeiterInnen der kongolesischen NRO ein.

#### D) Die Metamorphosen zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Ebenso wie es unter den heutigen zivilen Staatsoberhäuptern Afrikas viele ehemalige Militär- oder Rebellenführer gibt, z.B. Joseph Kabila in der DR Kongo, Paul Kagame in Ruanda oder Yoweri Museveni in Uganda, so haben sich auch viele ehemalige Führungspersonen der Nichtregierungsorganisationen zu Regierungsvertretern gewandelt bzw. Abgeordneten- oder Senatorenposten eingenommen. Die hoheitliche „Unabhängige Nationale Wahlkommission“ wird sogar bewusst mit zivilgesellschaftlichen Kräften besetzt. Die Mehrheit der Abgeordneten und MinisterInnen gründen oder fördern gleichzeitig zivilgesellschaftliche Stiftungen bzw. NRO in ihrer Heimatregion. In dieser Hinsicht ähnelt die kongolesische Vielfalt der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat den deutschen Verhältnissen.

#### Teil IV Die Hochschulen und ihre entwicklungspolitische Herausforderungen

Wie im Teil I erwähnt verdoppelte sich die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren trotz der anhaltenden Krisenlage. Die Städte wachsen ungehemmt, so die Stadt Bukavu völlig chaotisch von 1990 bis 2015 von 300.000 auf ca. 1.000.000 Einwohner. Die „superjunge Gesellschaft“ konfrontiert alle öffentlichen und privaten Institutionen mit unermesslichen Herausforderungen. Eine der langfristig wichtigsten aber vordergründig weniger dringlichen Aufgaben ist die Gewährleistung:

- a) einer Grundbildung für alle - mit der Orientierung auf individuell selbstwusste und gesellschaftlich verantwortungsvolle Persönlichkeiten
- b) einer Berufsbildung für alle,
- c) die **Ausbildung von Fach- und Führungskräften** für den Bedarf der nachwachsenden Generation, d.h. für die Neugestaltung der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, des Staates und ihres Zusammenwirkens in den kommenden 15 bis 30 Jahren.

Da die Kirchen schon sehr stark in der Schulbildung engagiert waren, haben sowohl protestantische als auch katholische Kirchengremien und Geschäftsleute in einer „prophetischen“ Einsicht 1990 beschlossen, insgesamt 4 Hochschulen im Ost-Kongo zu gründen, d.h. in den Städten Bukavu, Goma und Butembo. Bis dahin gab es insgesamt nur 3 staatliche Universitäten im gesamten Zaire (Kongo) jeweils eine in der West-, Süd- und Zentralregion. Der Staat hat die Gründung zugelassen, die kirchlichen Partnerorganisationen zeigten jedoch kaum Verständnis für diesen „Luxus“. Nur die katholischen Universitäten in Leuven und Louvain-la-Neuve / Belgien unterstützten die katholische Universität in Bukavu. Mit dem Zerfall der staatlichen Strukturen, dem Niedergang der Wirtschaft, den Kriegen, Bürgerkriegen und marodierenden Militär- und Rebellengruppen hatten die jungen Hochschulen einen sehr schweren Start in den ersten 12 Jahren. Sie nutzten diese Zeit jedoch, um junge Hochschulabsolventen zum Aufbaustudium in andere afrikanische Universitäten und nach Europa und Nordamerika zu schicken. So entstanden erste Kontakte zu ausländischen Universitäten und Universitätskliniken.

Nach eigener Aussage möchten die Kirchen über ihre Hochschulabsolventen schrittweise eine neue Ordnung in die chaotische Gesellschaft bringen. Im konkreten Fall der Université Evangélique en Afrique (UEA) in Bukavu liegen die fachlichen Schwerpunkte auf:

- i) Landwirtschaft und Umwelt
- ii) Medizin und Gesundheitswesen
- iii) Wirtschaft und Verwaltung
- iv) Sozialarbeit und Soziologie
- v) Evangelische Theologie

An der Université Libre des Pays des Grands Lacs (ULPGL) in Goma, Provinzhauptstadt des Nord-Kivu, fehlen Landwirtschaft und Sozialarbeit, dafür bestehen zusätzlich die Schwerpunkte:

- vi) Recht
- vii) Erziehungswissenschaften und Psychologie
- viii) Angewandte Technik

Wofür suchen junge afrikanische Universitäten die Erfahrungen eines alten deutschen Entwicklungsexperten? Im Falle der UEA insbesondere für den Aufbau eines Außenbüros in Bukavu

und für geordnete Außenbeziehungen auf Gegenseitigkeit mit europäischen Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Nur selten sind deutsche wissenschaftliche Einrichtungen von sich aus an einer Zusammenarbeit mit „unterentwickelten“ Partnern interessiert. Besonders schwierig wird es im Kongo angesichts der französischen Sprache, der ungewissen Sicherheitslage und des schlechten Image. Die Entwicklungsförderungsorganisationen lassen sich ohne besondere Überzeugungsarbeit kaum auf langfristig angelegte Hochschulkooperationen ein. Erfreulicherweise ändert sich die Ausrichtung des DAAD und begünstigt unter bestimmten Umständen Afrikakooperationen deutscher Hochschulen. Brot für die Welt und Misereor möchte ich positiv für ihr Engagement in einigen afrikanischen Ländern erwähnen. Es dürfte zukünftig gern wieder etwas mehr sein.

Ein Lichtblick ist das Engagement einiger emeritierter LehrstuhlinhaberInnen. Sie gehen mit dem Senior Expert Service oder dem Herderprogramm des DAAD für einige Monate als Lehrkräfte an junge Hochschulen „in den Urwald“. Aus Bonn unterrichtet von März bis Mai Frau Prof. Brigitte Schmitz an der UEA in Bukavu bzw. der UPC in Kinshasa und führt Assistenten der medizinischen Fakultäten in den Aufbau biochemischer Labors ein.

Eine der erfreulichsten Aufgaben des „International Office“ der UEA ist die Kontaktpflege zu den jungen Frauen und Männern, die als Doktoranden in Europa weilen und für den zügigen Abschluss Ermutigung brauchen. Das gilt in ähnlicher Weise für Ihre betreuenden Doktorväter oder –mütter.

Schließlich soll nicht verschwiegen werden, dass auch ehemalige Stipendiaten, die nach dem Abschluss ihres Doktorats in Europa, Amerika oder Südafrika geblieben sind und uns unter dem Stichwort „brain drain“ Kopfzerbrechen bereiten, für wiederkehrende Lehraufträge in Bukavu und Forschungsprojekte gewonnen werden. Auf Anfrage haben sich sogar koreanische Hochschullehrer, die vor 40 Jahren deutsche Stipendien erhalten hatten, bereit erklärt als emeritierte Professoren in Afrika zu unterrichten bzw. afrikanische Studierende an koreanischen Hochschulen aufzunehmen.

*Zum Schluss: Zeigt Hochschulförderung und wissenschaftliche Kooperation entwicklungspolitische Wirkung? Diese Frage führt uns schon zum nächsten epf im Mai 2016. Das koreanische Beispiel zeigt, dass eine endgültige Aussage erst nach 30 oder mehr Jahren getätigt werden kann, da sich die tiefere Wirkung nur generationenübergreifend messen lässt.*

*Anlagen: 2 Karten:*

*a) Failed States Index  
2013/ Fund for Peace*

*b) MONUSCO 2016*



